

In den Händen der Rechtspopulisten

In Spanien will Vox zum ersten Mal in eine Regionalregierung.

Von Hans-Christian Rößler, Madrid

Auf die kurze Wahlparty folgte der politische Kater. Die konservative Volkspartei (PP) feierte in Kastilien-León einen bitteren Sieg. Denn der eigentliche Gewinner war am Sonntag die rechtspopulistische Vox-Partei. Nach den Wahlen in der größten autonomen Region Spaniens zieht Vox als drittstärkste Partei mit 13 Abgeordneten ins Parlament in Valladolid ein; bisher war es nur einer. Die dort seit Jahrzehnten regierende Volkspartei hatte die Wahlen vorgezogen, um die absolute Mehrheit zu erobern. Am Ende wurde sie zwar stärkste Partei, gewann aber nur zwei Mandate dazu.

Selbst für die konservative Zeitung „El Mundo“ gab es nichts zu beschönigen. „Der Pyrrhussieg für Mañueco lässt die PP in den Händen von Vox“, lautete am Montag die Schlagzeile. Denn ohne die Unterstützung der Rechtspopulisten hat Regionalpräsident Alfonso Fernández Mañueco keine Mehrheit. Zum ersten Mal in Spanien macht Vox dafür den Beitritt zur Regierung zur Bedingung. „Das ist unsere Pflicht und unser Recht“, sagt der Spitzenkandidat Juan García Gallardo selbstbewusst und fügt hinzu, „wir werden der PP nicht unsere Stimmen schenken“.

Das Selbstbewusstsein des Siegers hat Signalwirkung für den Rest Spaniens. Kaum waren die Stimmen ausgezählt, waren sich die Kommentatoren einig: Selbst in der traditionell konservativen Region hat die PP ohne die Rechtspopulisten keine Chance auf eine eigene Mehrheit mehr. Dabei sollten die Regionalwahlen nach dem Willen des PP-Vorsitzenden Pablo Casado der Startschuss für seinen Angriff auf den Moncloa-Palast in Madrid sein, in dem der sozialistische Ministerpräsident Pedro Sánchez residiert. Casado wollte zeigen, wie stark seine PP ist, die bis 2018 Spanien regierte. Zugleich hoffte er, sich von seiner Rivalin Isabel Díaz Ayuso abzusetzen. Die PP-Politikerin hatte im vergangenen Mai mit einem Erdbeerschlag die Regionalwahl-

len in Madrid gewonnen. Seitdem treibt sie mit ihren rechten und populistischen Positionen den Parteivorsitzenden vor sich her.

Eine erste Koalition mit den Rechtspopulisten in Kastilien-León würde für Spanien einen politischen Dammbbruch bedeuten. Vox ist im nationalen Parlament schon heute die drittstärkste Partei und legt in den Umfragen kontinuierlich zu. In Madrid, Murcia und Andalusien halfen die Rechtspopulisten der PP an die Macht, ohne sich selbst an den Regierungen zu beteiligen. Doch das ist der Vox-Führung nicht mehr genug, die damit einen der schlimmsten Albträume des PP-Vorsitzenden Casado wahr werden ließ.

Schon kurz nach der Wahl kam es zum Streit: Die nationale PP-Führung will eine Koalition mit Vox um jeden Preis verhindern, während Mañueco nichts ausschließt. In Madrid fürchtet man, dass die erste gemeinsame Regierung mit den Rechtspopulisten Wähler abschrecken und in die Arme linker Parteien treiben könnte. Noch in diesem Jahr steht die Wiederwahl der von der PP geführten Minderheitsregierung in Andalusien an, 2023 dann die spanischen Parlamentswahlen.

Die PP-Zentrale setzt sich dafür ein, dass Mañueco mit den anderen Wahlgebern zusammenarbeitet: Drei kleine regionale Parteien aus León, Ávila und Soria ziehen mit sieben Abgeordneten ins neue Parlament ein – so viele wie nie zuvor. Die bisherige Bürgerinitiative „Soria Ya“ erhielt in der gleichnamigen Provinz aus dem Stand mehr als 42 Prozent und drei Mandate. Mit ihrer Unterstützung käme Mañueco auf insgesamt 38 der 41 Stimmen, die für eine einfache Mehrheit nötig sind. Derart gestärkt, könnte der Regierungschef Vox bitten, sich bei seiner Wiederwahl zu enthalten, lauch das Kalkül in der PP-Führung.

Die Schwierigkeiten der PP sind kein Trost für die Wahlverlierer, zu denen die linke Minderheitsregierung von Ministerpräsident Sánchez gehört. Weder mit der Arbeitsmarktreform noch mit der jüngsten Erhöhung des Mindestlohns konnte sie in Kastilien-León punkten. Nach den Regionalwahlen in Madrid war das die zweite Niederlage in weniger als einem Jahr. Die Sozialisten verloren sieben ihrer bisher 35 Mandate, dem Koalitionspartner Podemos bleibt nur noch ein einziger Abgeordneter.

Absichtlich verprügelt?

Rechter israelischer Politiker beschuldigt Regierung

mei. TEL AVIV. Nach Ausschreitungen mit zahlreichen Verletzten in Ostjerusalem hat der rechte israelische Politiker Itamar Ben Gvir die Regierung beschuldigt, sie habe ihn absichtlich von Polizisten verprügeln lassen. „Sie sind gestern sehr brutal gegen ein Mitglied der Knesset vorgegangen“, sagte er, als er am Montag wieder am Ort der Zusammenstöße auftauchte. „Aber ich habe nicht vor, klein beizugeben.“ Der religiös-zionistische Parlamentsabgeordnete und Siedleraktivist hatte am Sonntag ein Zelt-„Büro“ in dem Stadtteil Scheich Jarrah eröffnet, auf dem Gelände einer jüdischen Siedlerfamilie, deren Haus am Freitag – mutmaßlich aufgrund von Brandstiftung – gebrannt hatte. Ben Gvir behauptete, seine Aktion führe dazu, dass die Polizei mehr Präsenz in Scheich Jarrah zeige und so eine Eskalation der seit langem schwelenden Spannungen verhindert werden könne.

Tatsächlich nahmen die Unruhen jedoch zu. Am Sonntagabend kam es zu Auseinandersetzungen zwischen zahlreichen Palästinensern und jüdischen Aktivisten. Die Polizei nahm zwölf Personen fest. Der Rote Halbmond berichtete, 31 Palästinenser seien durch Gummigeschosse und Tränengas verletzt worden; auch ein jüdischer Beteiligter wurde verletzt.

Neben Ben Gvir waren mehrere weitere Knessetabgeordnete zugegen. Ahmad Tibi von der „Vereinigten Arabischen Liste“ geriet in ein Handgemenge mit dem stellvertretenden Bürgermeister von Jerusalem und Siedleraktivisten Arieh King. Die Polizei räumte Ben Gvirs „Büro“ schließlich. Auf Videoaufnahmen ist ein Gerangel zwischen den Polizisten sowie Ben Gvir zu sehen, der schließlich zu Boden stürzt und offenbar das Bewusstsein verliert. Der Minister für öffentliche Sicherheit, Omer Bar-Lev, sprach am Montag von „Provokationen“. Nie zuvor sei ein Knesset-Mitglied gegenüber Polizisten handgreiflich geworden, schrieb der Politiker der Arbeitspartei auf Twitter. Ben Gvir kündigte an, sein „Büro“ weiter zu besetzen, „bis wieder Sicherheit herrscht“. In israelischen Medien wurden Einschätzungen aus Sicherheitskreisen zitiert, wonach Ben Gvirs Provokationen zu einer Eskalation in den palästinensischen Gebieten führen könnten. Im Westjordanland nehmen die Spannungen seit Monaten zu. Am Sonntagabend wurde ein 17 Jahre alter Palästinenser erschossen, als die israelische Armee im Zuge einer Hauszerstörung in einem Dorf nahe der Stadt Jenin gegen Demonstranten vorging.

Priestermord-Prozess eröffnet

Islamistische Drahtzieher in Frankreich vor Gericht

mic. PARIS. Sechs Jahre nach dem islamistischen Terroranschlag auf den katholischen Pfarrer Jacques Hamel in der Normandie hat in Paris am Montag der Prozess gegen vier der mutmaßlichen Hintermänner begonnen. Drei Angeklagte waren im Gerichtssaal anwesend. Der vierte Angeklagte, Rachid Kassim, der das Attentat für die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) in Auftrag gegeben haben soll, ist vermisst. Er wurde zuletzt im syrisch-irakischen Grenzgebiet gesehen und könnte bei einem Drohnenangriff getötet worden sein. Dem 85 Jahre alten Priester war am 26. Juli 2016 in der Kirche von Saint-Etienne-du-Rouvray während der Morgenmesse von zwei 19 Jahre alten Tätern die Kehle durchgeschnitten worden. Einer der Täter schrieb eine Woche vor dem Terroran-

schlag seinem Komplizen: „Du nimmst ein Messer, gehst in eine Kirche und richtest ein Blutbad an.“ Beide Täter, die Sprengstoffgürtelattrappen trugen, wurden beim Sturm der Kirche durch die Polizei erschossen. Vor Gericht sollte der 92 Jahre alte Guy Coponet aussagen, der von den Terroristen schwer verletzt wurde. Der erste islamistische Anschlag auf eine katholische Kirche in Frankreich hatte die ganze Nation verstört. Den Angeklagten Farid Khelil, 36 Jahre, Yassine Sebailia, 27 Jahre, und Jean-Philippe Steven Jean-Louis, 25 Jahre, droht eine Haftstrafe von bis zu 30 Jahren. Sie sollen die beiden Haupttäter logistisch unterstützt und selbst geplant haben, ins IS-Gebiet nach Syrien zu reisen. Das Urteil wird für den 9. März erwartet.

Der Mensch Omar

Eine Annäherung an den ersten Anführer der afghanischen Taliban aus neuer Perspektive

Lange war es ein einziges Foto, mit dem sich die Welt ein Bild von Mullah Omar machen konnte. Eine etwas überbelichtete Schwarz-Weiß-Aufnahme. Darauf ein schmales Gesicht mit dichtem Bart und dunklen Brauen – und ein auffallend helles Auge, das unerbittlich den Betrachter fixiert, während vom anderen nur ein dunkler Krater bleibt. Der erste Emir der Taliban, der die Islamisten 1996 in Afghanistan an die Macht führte und ein Regime der extremen Sittenstrenge etablierte, hatte größtenteils aus dem Verborgenen agiert und seine Landsleute vor allem durch Radiobotschaften erreicht.

Als die amerikanisch geführte Koalition die Taliban nach dem 11. September 2001 von der Macht vertrieb, verschwand Mullah Omar so spurlos, wie er gekommen war. Erst 2015 kam heraus, dass er schon zwei Jahre zuvor an einer Krankheit verstorben war. In den meisten Berichten hieß es, Omar habe seine letzten Atemzüge in einem Krankenhaus im pakistanischen Karatschi getan. Nur die Taliban beharrten darauf, dass ihr Emir bis zum Tod in Afghanistan geblieben sei. Genaueres wusste niemand, obwohl Heerscharen von Geheimdienstleuten hinter Omar her gewesen sein mussten.

In dieses Dunkel der afghanischen Geschichte hat die niederländische Journalistin Bette Dam nun ein wenig Licht gebracht, und es sind überraschend bunte Farben, in denen der erste Taliban-Emir bei ihr erscheint. In dem nun in englischer Übersetzung erschienenen Buch über Mullah Omar – den unbekanntes Talib – zeichnet Dam das Bild des etwas schüchternen Aufsteigers, der im Kreis seiner Vertrauten aufblühte und komödiantische Fähigkeiten besaß. Vor allem seine Imitationen anderer Menschen sollen für große Lacher gesorgt haben. Und selbst dem Sport gegenüber war der Emir offenbar aufgeschlossener, als es dem lustfeindlichen Image seiner Taliban entsprach. Omar soll im Garten des Gouverneurspalastes in Kandahar gern Volleyball gespielt haben.

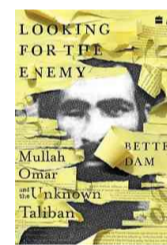
Das sind nur einige Details in dem aufwendig recherchierten Buch, das bereits 2019 auf Niederländisch erschienen war, dem damals aber international keine Beachtung zukam jenseits von Dams Theorie, dass Omar nicht in Pakistan, sondern in einem afghanischen Dorf starb, wo er nach 2001 ein Eremitendasein führte. Schon der Titel verrät, dass Dam nicht vorhatte, eine klassische Biographie zu schreiben: „Looking for the Enemy“ – zu Deutsch etwa „Auf der Suche nach dem Feind“ – beginnt damit, dass ein afghanischer Begleiter Dam 2013 in der Provinz Uruzgan eher beiläufig erzählte, dass Mullah Omar ganz in der Nähe gelebt habe. Uruzgan war damals eine von vielen Gegenden in Afghanistan, in die sich kaum ein westlicher Beobachter traute. Doch hier schien das Vorleben Omars allgemein



Holdenverehrung: Nach der Rückkehr an die Macht tauchten Plakate mit einem Bildnis Mullah Omars (links) in Kabul auf. Foto AFP

bekannt zu sein, während die UN-Sanktionsliste drei verschiedene Geburtsjahre und zwei mögliche Geburtsorte für den Taliban-Emir nannte.

Dam beschloss, dorthin zu fahren, wo Omar gewesen sein musste. Sie wollte mit Menschen sprechen, die Omar erlebt hatten, während die meisten anderen Beobachter in Kabul saßen und auf Informationen aus Geheimdienstquellen angewiesen waren, was oft den jeweiligen Spin bestimmte. Dass sich wegen der prekären Sicherheitslage fast niemand in die Provinzen wagte, beschreibt Dam als wesentlichen Grund für das Scheitern der internationalen Gemeinschaft. Denn nicht nur Journalisten waren in dieser westlichen Blase gefangen, den NATO-Truppen ging es ähnlich. Sie mussten sich auf die Informationen verlassen, die ihnen die lokalen Führer gaben. Und die hatten allzu oft ein Interesse daran, ihre Konkurrenten in die Nähe der Taliban zu stellen, die dann vom nächsten amerikanischen Luftschlag aus dem Weg geräumt wurden, während sie selbst weiter Geld bekamen, um gegen die „Gefahr“ zu kämpfen.



Bette Dam: Looking for the Enemy, Mullah Omar and the unknown Taliban. Harper Collins India, 2021. 352 S., 27,47 €

Bette Dam beschreibt ein Afghanistan, in dem die Menschen aufgeschlossen erzählen, wenn man sie denn fragt. Sie trifft einen Spielgefährten des Taliban-Emirs in Tangi, wo Omars Stiefvater als Mullah gegen Kost und Logis eine kleine Dorfmoschee in einer Lehmhütte führte. Die Familie war praktisch mittellos. Durch den frühen Tod seines Vaters stand Omar nach paschunischer Stamme tradition noch dazu weit unten. Omar lernte in einer traditionellen religiösen Dorfschule und schloss sich nach dem Einmarsch der Sowjets einer Mudschaheddin-Gruppe an, wo er durch ein Schrapnell sein rechtes Auge verlor, er sich aber wegen seiner verbindlichen Art bald zur Autorität entwickelte.

Auch zur Gründung der Taliban liefert Dam eine eigene Version. Nach dem Abzug der Sowjetarmee versank Afghanistan im Bürgerkrieg zwischen den Mudschaheddin-Führern, in dem Warlords und Gangs die Menschen tyrannisierten. Bisher galt meist die Vergewaltigung zweier Mädchen in Kandahar als Grund dafür, dass sich die Taliban, wie die Schüler aus den Koranschulen genannt wurden, gegen die Warlords zusammenschlossen. Dam berichtet unter Berufung auf ihre Quellen hingegen, örtliche Schmuggler hätten etwas gegen die Straßensperren der Milizen unternommen wollen, die überall abkassierten. Die Familien wählten Omar, weil der mit seiner Mudschaheddin-Gruppe weiter den Ethos hochhielt, dass man

einen Heiligen Krieg nur mit moralischer Strenge gewinnen könne, der ihnen wegen seiner niederen Herkunft aber machtlos genug erschien, um ihn zu kontrollieren. Der zurückhaltende Omar musste demnach gedrängt werden, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, die bald riesigen Zulauf erhalten und von Kandahar aus das Land erobern sollte.

Was sich von alldem tatsächlich zugeordnet hat, lässt sich in einem Land, in dem es aus jener Zeit kaum schriftliche Quellen gibt, womöglich nie ganz klären. Der Einfluss Pakistans und die Verbindungen zu Al-Qaida erscheinen bei Dam deutlich weniger ausgeprägt als in den bisher geläufigen Erzählungen. Dams Buch macht neben der Vielzahl an oft ranghohen Gesprächspartnern vor allem der Perspektivwechsel aus, in dem die Taliban eine sehr menschliche Seite bekommen. Ein Mullah Omar, der Besuch freundlich zugewandt in seiner „Besen-kammer“ im Gouverneurspalast von Kandahar empfängt. Eine Bewegung, die lange um internationale Anerkennung rang, sich dann aber völlig vom Ausland abwendete. Es ist vielleicht die einzige Schwachstelle im Buch, dass es nur in Ansätzen gelingt, diese Wandlung zu erklären: dass es der gleiche Omar war, der zum Ende seiner Herrschaft gegen allen Widerstand die Sprengung der Buddhastatuen von Bamian befahl und der lieber sein Reich untergehen ließ, als Al-Qaida-Chef Osama Bin Laden den Amerikanern auszuliefern. ALEXANDER HANEKE

Volkes Werk und Merkels Beitrag

Zeitzeugen der ostdeutschen Revolution teilen ihre Eindrücke

Als Lothar de Maizière, der letzte Ministerpräsident der DDR, am 29. April 1990 bei Michail Gorbatschow seinen Antrittsbesuch machte, schickte er seine stellvertretende Pressesprecherin Angela Merkel zu einer Erkundungstour durch Moskauer U-Bahnen und Busse: Sie sollte mit ihren perfekten Russischkenntnissen herausfinden, was normale Sowjetbürger über ihre politische Führung dachten. Das Ergebnis ihrer Sondierungen war einigermaßen beruhigend: Die Moskauer, so berichtete sie, seien offensichtlich der Meinung: „Josef Stalin hat den Zweiten Weltkrieg gewonnen, und Gorbatschow ist dabei, ihn zu verlieren.“

Für de Maizière war damit klar, „dass wir uns beeilen müssen“. Der Reformator an der Spitze der Sowjetunion würde sich nicht mehr lange an der Macht halten können, und dann wäre die deutsche Einheit nicht mehr zu erreichen. Entsprechend drang er auf einen schnellen Abschluss des Einigungsvertrages und reduzierte damit notgedrungen auch sein Gewicht als Verhandlungspartner der Bundesregierung. Ursprünglich hatte er eine Übergangszeit von zwei oder drei Jahren für notwendig gehalten; jetzt vergingen zwischen dem Inkrafttreten der Währungsunion und dem Vollzug der Einheit gerade noch drei Monate.

Der Bericht über Merkels Moskauer Mission ist nicht etwa ein Vorab-Stück aus den Memoiren, die man von der ehemaligen Kanzlerin erwarten darf. Er ist einem voluminösen Band von Zeitzeugen-Interviews entnommen, die der Historiker Michael Gehler und der Journalist Oliver Dürkop über ein Vierteljahrhundert nach den Ereignissen mit Akteuren der Einigung geführt haben. Sprecher der Bürgerrechtsbewegung wie Vera Lengsfeld und Richard Schröder sind dabei, Akteure des Übergangs wie Hans Modrow und Gregor Gysi, aber auch ein völlig unbelehrbarer Egon

Krenz, westdeutsche Spitzenpolitiker wie Theo Waigel und Norbert Blüm, Architekten der Einheit wie Horst Teltzsch und Günther Krause und viele Akteure der zweiten Reihe, die aus ihrer spezifischen Erfahrung einzigartige Einblicke bieten.

Die 52 Interviews, zum Teil sehr ausführlich und mit weiterführenden Hinweisen versehen, bilden eine Fundgrube für Historiker und bieten allen eine spannende Lektüre, die mehr über Hintergründe und Handlungsspielräume des Vereinigungsprozesses erfahren wollen. Mit dem Abstand von 25 oder 30 Jahren zu den Ereignissen ist der Drang zur Rechtfertigung und zur Festigung des eigenen Bildes in der Geschichte nicht mehr so stark, und so erfährt man vieles, was nicht in den Akten steht. Vor allem die unterschiedlichen Befindlichkeiten der Akteure treten deutlich hervor, ihre Ambitionen, Hoffnungen, Enttäuschungen und Ängste in einem Wandlungsprozess von ungeheurer Dynamik.

So erinnert Rainer Eppelmann daran, wie begrenzt der Erwartungshorizont der ersten Bürgerrechtsgruppen angesichts der Vorbereitungen für eine „Tiananmen-Lösung“ nach chinesischem Vorbild war und wie unterschiedlich die Hoffnungen und Wünsche derjenigen blieben, die zu den Gruppen stießen und sich auf der Straße versammelten. Nationale Einigung war da zunächst nur eine ferne Utopie und auch nach der Befreiung von der Angst nach der Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 kaum ein Thema. Das änderte sich erst nach dem Mauerfall, aber auch danach konnte sich die Einheitsforderung in den Demonstrationen erst nach und nach durchsetzen.

Von einer Polarisierung zwischen einheitsorientierten Massen und einer reformsozialistischen Elite, wie sie gelegentlich in der Literatur behauptet wird, kann nach Ausweis der hier versammel-

ten Zeugnisse keine Rede sein. Noch Mitte Dezember wollten 71 Prozent der befragten DDR-Bürger, dass ihr Land „ein souveräner Staat bleiben“ sollte; nur 27 Prozent wollten „mit der BRD einen gemeinsamen Staat“ bilden. Gleichzeitig drang die SPD-Führung um Markus Meckel und Martin Gutzeit auf freie Wahlen, um auf Verhandlungen über die Vereinigung vorbereitet zu sein. Nur eine gewählte Regierung, so ihr Argument, wäre legitimiert, mit der Bundesregierung auf Augenhöhe zu verhandeln.

In diesem Zusammenhang fällt auch neues Licht auf die Führungsrolle von Helmut Kohl. Als Eberhard Diepgen ihn wegen seiner vagen Äußerungen zur Wiedervereinigung in seinem Zehn-Punkte-Programm kritisierte, nahm sich der Bundeskanzler den ehemaligen (und zukünftigen) Regierenden Bürgermeister von Berlin am Rande einer Bundesvorstandssitzung der CDU zur Brust: Wiedervereinigung „dürften wir aus dem Westen nicht fordern. Wenn, dann müsse die Forderung aus der DDR kommen. Nie würden wir sonst die Zustimmung von Thatcher, Mitterrand oder auch Italiens erreichen.“ Es muss offenbleiben, ob Kohl Anfang Dezember 1989 schon mit einer solchen Forderung rechnete. Aber als sie dann kam, hat er sie gegenüber den westlichen Verbündeten und auch gegenüber Gorbatschow beherzt genutzt.

Kohls strategische Begabung wird auch bei der Vorbereitung der Volkskammerwahlen deutlich. Gegen großen Widerstand in der CDU und insbesondere ihres Generalsekretärs Volker Rühle, so übereinstimmend Diepgen und de Maizière, setzte er Anfang Februar 1990 die Bildung der „Allianz für Deutschland“ durch, eines Wahlbündnisses der Parteien-Neugründungen Demokratischer Aufbruch und DSU mit der Ost-CDU. Auf diese Weise konnte er sich die etablierte Infrastruktur der bisherigen Blockpartei zunutze machen und zugleich im Wahl-

kampf als der eigentliche Führer einer christdemokratischen Alternative zu den Sozialdemokraten und zur vordergründig reformierten SED auftreten. Die Frage der Kompromittierung der Ost-CDU war elegant umschifft worden.

Insgesamt bestärken die vielen Beobachtungen, die der Band bietet, den Eindruck, dass es letztlich die Ostdeutschen waren, die die Durchsetzung, den Zeitpunkt und die Form der Wiedervereinigung bestimmten. Ihre Wahlentscheidung vom 18. März 1990 bildete den Dreh- und Angelpunkt des Geschehens. Insofern sollte man eine Anregung Diepgens aufgreifen, der dezidiert von einer „ostdeutschen Revolution“ spricht, nicht von einer „friedlichen Revolution“. Die Selbstbezeichnung, die einige Wortführer der Demokratiebewegung gewählt haben, läuft Gefahr, das Gewaltpotential zu verharmlosen, vor dessen Hintergrund sie agieren mussten, und die Überwindung der SED-Diktatur vom raschen Vollzug der Einheit zu trennen.

Tatsächlich wirkte beides ineinander – nicht notwendigerweise, aber aufgrund der Entscheidungen, die im Laufe des revolutionären Prozesses getroffen wurden. Dies anzuerkennen böte einen Ansatzpunkt, um die immer noch andauernden Klagen über die Geringschätzung der Lebensleistung gelernter DDR-Bürger, über Kolonisierung und Übernahme zu überwinden. Die deutsche Einheit des Jahres 1990 gehört auch zur Lebensleistung der damaligen DDR-Bürger. WILFRIED LOTH



Michael Gehler / Oliver Dürkop (Hrsg.): Deutsche Einigung 1989/1990. Zeitzeugen aus Ost und West im Gespräch. Lau-Verlag, Reinbek 2021, 184 S., 48,- €.